

So könnte eine ehrliche AHV aussehen

Die Politik der Altersvorsorge ist durch Versteckspiele geprägt – mehr Transparenz könnte neue Dynamik bringen

Hansueli Schöchli NZZ 28.3.24

Das System der Vorsorge für das Alter ist reformbedürftig

Altersvorsorge plötzlich Ehrlichkeit statt Verlogenheit herrschen. Voraussetzung dafür wäre das Ende der Versteckspiele vor allem in der AHV.

Die AHV ist eine riesige Umverteilungsmaschine. Die wichtigsten Umverteilungskanäle gehen von Jung zu Alt und von oben nach unten. Das grösste Problem dabei: Die Umverteilungen sind versteckt, so dass die Profiteure sich und anderen wahrheitswidrig einreden können, dass sie ihre Rente voll verdient haben und gar nicht zulasten von anderen stark subventioniert sind. Das trägt zur enormen Anspruchshaltung in der Bevölkerung bei. Im Mittel dürften die derzeitigen AHV-Renten etwa zu 40 Prozent oder sogar mehr aus Subventionen bestehen.

Die Subventionen kommen aus verschiedenen Quellen: direkte Beiträge aus der Bundeskasse, Anteile der Mehrwertsteuer, Spielbankenabgabe. Dies machte 2022 über 13 Milliarden Franken aus – 27,5 Prozent der gesamten AHV-Ausgaben. Hinzu kommt die Finanzierung durch eine versteckte Hochlohnsteuer: Lohnabzüge auf AHV-pflichtigen Einkommen über (ganz grob gesagt) etwa 100 000 Franken bringen den Betroffenen keine höheren Renten, sondern subventionieren die Renten von Versicherten mit tieferen Einkommen. Diese zusätzliche Lohnsteuer alleine dürfte zurzeit mindestens 6 Milliarden Franken pro Jahr ausmachen.

Lehrbuchmässige Umverteilung

Hinzu kommen noch stärker versteckte Umverteilungen von Jung zu Alt. Der jüngste Volksentscheid vom 3. März zur Erhöhung aller AHV-Renten liefert ein Lehrbuchbeispiel: Die Renten werden für die Älteren bald steigen (ab 2026), doch die Rechnung zahlen vor allem die Jungen über die kommenden Jahrzehnte. Der Bundesrat hat diesen Mittwoch dazu einen Richtungsentscheid mit mehreren Varianten getroffen. Schon diverse frühere Zusatzfinanzierungen für die AHV belasteten schwergewichtig die Jungen.

Umverteilungen von oben nach unten und von Jung zu Alt kann man wollen. Letztlich sind solche Verteilungsfragen politisch zu entscheiden. Doch für eine ehrliche Diskussion braucht es Transparenz.

So könnte eine ehrliche AHV aussehen

Zuerst wären zwei Änderungen nötig: **AHV-Lohnabzüge nur noch so weit, als diese rentenbildend sind (also etwa bis 100 000 Franken Jahreslohn) sowie Verzicht auf jegliche direkte Steuerfinanzierung der AHV.**

Das hiesse: Finanzierung der Renten rein durch Lohnbeiträge.

Der Haken einer solchen Reform wird sofort klar: Ohne die genannten Subventionen sanken die Renten massiv.

Doch eine Reform wäre im Prinzip ohne Einbussen für arme und mittelständische Rentner möglich – durch entsprechenden Ausbau der Ergänzungsleistungen. Zurzeit beziehen offiziell 12 bis 13 Prozent der AHV-Rentner Ergänzungsleistungen (EL). Beim Verzicht auf jegliche Subvention für die AHV wären es wohl deutlich mehr als die Hälfte – je nachdem, wie stark man die EL ausbaut. Faktisch sind bereits heute, grob geschätzt, etwa 60 bis 80 Prozent der AHV-Rentner selbst nach Berücksichtigung der eigenen Steuerzahlungen für die AHV Empfänger von Rentensubventionen. Doch diese Subventionen fliessen zurzeit versteckt. Mit der skizzierten Reform käme die Sache endlich an die Oberfläche.

Im ähnlichen Sinn wären auch die Hochlohnbezüger künftig anders zu behandeln. Die versteckte Hochlohnsteuer für die AHV fiel zwar weg, aber im Gegenzug liesse sich die Progression der direkten Bundessteuer (welche die Gesamteinkommen betrifft) verschärfen – so dass die Reichen total auch künftig etwa gleich viel zahlen wie heute, aber die vollen Zahlungen offiziell als Steuern ausgewiesen sind. Die zusätzlichen Erträge aus der direkten Bundessteuer sowie die frei werdenden Mittel durch den Wegfall der AHV-Subventionen könnte der Bund zur Finanzierung des massiven Ausbaus der Ergänzungsleistungen verwenden.

Erhoffter Kulturwandel

Eine solche Reform würde die politische Kultur in der Altersvorsorge verändern. Die politische Diskussion über die gewünschte Umverteilung von oben nach unten würde ehrlicher, weil sie sich stärker auf die direkt dafür vorgesehenen Instrumente konzentriert: Steuerprogression und Ergänzungsleistungen. Die Vermischung der beiden grossen AHV-Umverteilungskanäle (von oben nach unten und von Jung zu Alt) fiel weg.

Bei einem weiteren Ausbau der Ergänzungsleistungen unterständen die Zusatzausgaben für den Bund den Regeln der Schuldenbremse. Der Bund müsste damit vermutlich an einem anderen Ort sparen oder die Steuern erhöhen.

So könnte eine ehrliche AHV aussehen

Das zwingt zur Prioritätensetzung.

Die Erwartungshaltung der Bevölkerung in Sachen Renten würde mit der neuen Transparenz über die Subventionen realistischer. Und der Drang der politischen Linken zum ständigen Ausbau der AHV-Renten nähme ab – denn die AHV liesse sich nicht mehr **als Vehikel für versteckte Umverteilungen von oben nach unten verwenden.** Das würde auch die Lust der Linken zum Widerstand gegen die **Erhöhung des ordentlichen Rentenalters reduzieren.**

Indirekt wäre dies auch ein Beitrag für die Reduktion der Umverteilung von Jung zu Alt. Denn eine Erhöhung des ordentlichen Rentenalters zur Deckung eines AHV-Finanzlochs ist für die Jungen viel günstiger als eine Erhöhung der Lohnabzüge. Ein 20-Jähriger muss höhere Lohnabzüge noch 45 Jahre lang zahlen, ein 60-Jähriger dagegen nur 5 Jahre lang, und ein Rentner zahlt überhaupt nichts. Die Erhöhung des ordentlichen Rentenalters trifft dagegen wenigstens die Jahrgänge im Erwerbsalter einigermaßen gleichmässig.

Schutzzinstrument für Junge

Doch die skizzierten Änderungen würden kaum reichen, um den Anreiz der Politiker zur versteckten Umverteilung von Jung zu Alt völlig wegzubringen. Das Umlageverfahren der AHV (heutige Erwerbstätige zahlen für heutige Rentner) macht das Sozialwerk anfällig auf massive Ungerechtigkeiten zulasten der Jungen als Folge der Alterung der Bevölkerung.

Hilfreich wäre deshalb eine weitere Reform: die Bindung des ordentlichen Rentenalters an die Lebenserwartung und/oder an die Finanzlage der AHV. Dies sollte dafür sorgen, dass Demografie bedingte Finanzlöcher in der AHV nicht jeweils einseitig nur durch höhere Lohnabzüge und damit zulasten der Jungen gestopft werden.

Ende des Traums. Die beschriebene AHV-Reform ist eine politische Utopie. Sie hätte keine Chance, weil Ehrlichkeit in der Altersvorsorge keine Abstimmungen und Wahlen gewinnt. Versteckte Subventionen sind aus Sicht der Profiteure viel besser als transparente Staatskrücken: Man steht weniger im Konkurrenzkampf um die knappen Staatsmittel und muss sich weniger rechtfertigen. Aber zum Glück ist das Träumen über eine ehrliche AHV-Reform noch nicht verboten.